

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/177

Bonn, den 17. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Instinktlos</u> Der CDU-Vorsitzende und die letzte Antwortnote aus Moskau	43
2	<u>Vertriebene, Flüchtlinge und die Bundestagswahl</u> Von Ferdinand Drexler, MGL, Bayern	46
3	<u>Interesse am deutschen Wahlkampf in Amerika</u> Auswertung eines Berichtes der NEW YORK TIMES	39
4 - 5	<u>Neue Kraftproben in Frankreich</u> Gleiche Ursachen, gleiche Folgen Von Georg Scheuer, Paris	75

ANHANG

1 - 3	<u>"Der ist ja ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt habe"</u> Herbert Wehner im Wahlkampf an der Saar Beobachtungen von Günter Markscheffel	156
-------	---	-----

* * *

Instinktlos

Der CDU-Vorsitzende und die letzte Antwortnote aus Moskau

sp - Über die am 12. September dem deutschen Botschafter in Moskau überreichte Antwortnote der Sowjetregierung auf die Note der Bundesregierung vom 3. Juli dieses Jahres ist es zwischen dem Außenminister Willy Brandt und dem Bundeskanzler Kiesinger zu einer unterschiedlichen Bewertung gekommen. Während Brandt den unpolemischen und sachlichen Ton hervorhebt und dies mit der Feststellung verbindet, Moskau habe in seiner Antwort keine Grundsatzpositionen aufgegeben - was übrigens auch für den deutschen Standpunkt zutrifft - spricht Kiesinger von einer Kapitulation, die Moskau von Bonn abverlangt. Er sagte dies auf einer Wahlkampfkundgebung und brachte damit ein Thema auf, das sich gewiß nicht eignet für wahlkampfpolitische Auseinandersetzungen am offenen Markt. Immerhin geht es hier um Lebensfragen unseres Volkes und um die mühevolle Suche nach einem gesicherten Frieden.

Die Sowjetunion hat die Fortsetzung der Verhandlungen über den Gewaltverzicht und über die Möglichkeiten, das deutsch-russische Verhältnis auf vielen Gebieten zu verbessern, angeboten. Gesprächsort soll Moskau sein. Nur ein Verrückter könnte dieses Angebot einer Nacht, die eine Schlüsselposition in der Deutschlandfrage einnimmt, in den Wind schlagen. Kein Vernünftiger kann und wird von der Sowjetunion einen Stellungswechsel in der Deutschlandfrage erwarten, wie man dies auch nicht von der Bundesrepublik erwarten kann. Doch zwischen beiden Positionen gibt es einen weiten Spielraum von Verhandlungen, sofern nur Einsicht und guter Wille vorhanden sind. Es ist schon im Vergleich zu den Höhepunkten des Kalten Krieges ein Fortschritt, wenn Bonn und Moskau nicht mehr mit erhobenem Zeigefinger aufeinander weisen, wenn sich der gegenseitige Notenaustausch von Polemik freihält und statt dessen Sachlichkeit bevorzugt. Moskau anerkennt den guten Willen der Bundesrepublik. Das ist eine große Sache, das war nicht immer so.

- * Der deutsch-russische Dialog wird auch nach dem 28. September
- * weitergehen und keine Bundesregierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, wird sich ihm entziehen können, außer
- * sie wollte b e w u ß t vitale Interessen unseres gespaltenen
- * Volkes preisgeben.

Zwischen beiden Völkern liegt ein tiefer Graben, den uns der Zweite Weltkrieg als unselige Erbschaft hinterlassen hat. Es wird einer beharrlichen Arbeit mit dem Ziel der Friedenssicherung bedürfen, um ihn millimeterweise zuzuschütten. Inbegriffen in diese Arbeit am Frieden ist der Gewaltverzicht auch für die DDR. Wer dies nicht sieht oder sehen will, hat den Boden der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 verlassen. In diesem Zusammenhang das böse Wort von Kapitulation in die Welt zu setzen, ist eine Instinktlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Was mag wohl Kiesinger dazu bewogen haben?

Vertriebene, Flüchtlinge und die Bundestagswahl

Von Ferdinand Drexler, MdL, Bayern

Bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung besteht die Befürchtung, daß es der NPD gelingen könnte, insbesondere im Bereich der Flüchtlinge und Vertriebenen ein Wahlgeschäft machen zu können. Dieser Eindruck wird genährt durch die verantwortungslose Wahldemagogie der NPD und unüberlegte Äußerungen einiger Vertriebenenfunktionäre. Beide übersehen bewußt, daß Deutschland durch Hitler in einen fürchterlichen Krieg getrieben worden ist, der 55 Millionen Tote im Gefolge hatte, total verloren wurde und die deutsche Nachkriegspolitik vor äußerst schwierige, schier unlösbare Aufgaben stellte.

Ich muß die Vertriebenen und Flüchtlinge gegen den Verdacht, sie würden verstärkt in die Netze der rechtsradikalen NPD gehen, ganz entschieden in Schutz nehmen. Sie sind es, die die größten Lasten als schreckliche Folgen eines schrankenlosen Nationalismus getragen haben und neben allen anderen Opfern auch mit dem Verlust ihrer Heimat zahlen mußten. Sie wehren sich dagegen, mehr als andere zum Bannerträger neuen nazistischen Ungeistes gestempelt zu werden.

Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, daß es für diesen Personenkreis nur um die Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung des Münchner Abkommens oder die endgültigen deutschen Ostgrenzen geht. Durch den Einmarsch in die Resttschechoslowakei am 15. März 1939 hat Hitler selbst das Münchner Abkommen zerrissen, zumal er in München erklärt hatte, nach dem Anschluß des Sudetenlandes in Europa keine weiteren territorialen Forderungen zu haben. Der Verlust von Gebieten wird jedem Deutschen schmerzhaft berühren. Dennoch wird sich jeder glücklich preisen, der im Bereich der Freiheit leben kann. Damit sei keine Aussage über endgültige Grenzen Deutschlands oder dessen Einheit gemacht. Neuer nazistischer Ungeist aber würde alle Bemühungen um Vertrauen, Aussöhnung und damit möglichst günstige, endgültige Regelungen zerschlagen. Das wissen alle, denen das Schicksal unseres Volkes und der Frieden ernste Anliegen sind. Flüchtlinge und Vertriebene ebenso wie jeder denkende Mitbürger.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge haben die gleichen politischen Interessen, wie alle andern vernünftigen deutschen Bürger auch, mit denen sie eine über zwei Jahrzehnte dauernde Gemeinschaft verbindet. Diese Interessen sind: Sicherung des Friedens, Erhaltung der Freiheit, wirtschaftlicher Wohlstand, zeitgemäße Ausbildung, soziale Gerechtigkeit. Ohne eine Politik der Entspannung, der Gewinnung internationalen Vertrauens, ohne vorausschauende Bildungs- und Wirtschaftspolitik und ohne fortschrittliche Sozialpolitik werden diese lebenswichtigen Interessen keine Erfüllung finden. Nazistische Tiraden, Völkerhetze, Ignorieren von Tatsachen und Verketzerungen führen ins Verderben. In dieser Erkenntnis werden die Vertriebenen und Flüchtlinge gemeinsam mit allen verantwortungsbewußten Mitbürgern auch bei der Bundestagswahl ihre Entscheidung treffen und der NPD, wie auch allen, die sich in ihre Nähe begeben, die verdiente Abfuhr erteilen. Der Linksradikalismus hat ohnedies nichts zu erwarten.

Interesse am deutschen Wahlkampf in Amerika

Auswertung eines Berichtes der NEW YORK TIMES

so - Während in der Bundesrepublik der Wahlkampf bereits zur Alltäglichkeit geworden ist, hat man in den USA bisher hiervon kaum Notiz genommen. Dies hat sich nunmehr aber schlagartig geändert. Die unabhängige NEW YORK TIMES, die sich seit jeher rühmen kann, alles was Druckerschwärze lohnt (all the new that's fit to print) zu veröffentlichen, brachte am 10. September 1969 unter der Überschrift "Unabhängige Bürgerinitiative belebt den deutschen Wahlkampf" und "Deutscher Schriftsteller widmet sich der Politik" auf einer vollen Seite ihren Lesern zur Kenntnis, daß in Deutschland "ein frischer Wind weht".

Die Zeitung lobt vor allem, daß die unabhängige SPD-Wählerinitiative dem Wahlkampf völlig neue Impulse verleiht und daß Günter Grass und seine Freunde die öffentlichen Diskussionen bevorzugen, ohne an Parteirestriktiven und Loyalitäten gebunden zu sein.

Anlaß zu dem Artikel bildete eine überfüllte Veranstaltung am 3. September in der Stadthalle in Wuppertal, die von Applaus begleitet war und zu einem überwältigenden Erfolg führte.

Die Zeitung bezeichnete Günter Grass nicht nur als Mitbegründer der SPD-Wählerinitiative, sondern auch als ihr "Arbeitspferd", der etwa 100 Wahlbezirke besucht und einen immer größeren, aufmerksamen Zuhörerkreis um sich scharen kann.

Auch die Fernsehübertragung der von Günter Grass mit den Professoren Kurt Sortheimer und Hartmut Jaekel, den Journalisten Klaus Harpprecht, Thilo Koch und General Graf von Baudissen geleiteten Diskussion und die 3.000 freiwilligen Helfer wurden in anerkenntlichen Worten erwähnt.

Die NEW YORK TIMES kommt zu dem Schlußergebnis, daß die SPD-Wählerinitiative mit dazu beigetragen hat, die öffentliche Meinungsbildung in der Bundesrepublik zugunsten der SPD verschoben zu haben. Als Beispiel hierfür wird die niedersächsische Stadt Cloppenburg angeführt, in der die CDU im Wahljahr 1965 noch 76 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und in der im gleichen Jahr auf einer Wahlkundgebung für die SPD Günter Grass mit faulen Eiern und Tomaten beworfen und jetzt mit großem Applaus und Abbiten bedacht wurde.

Obwohl es in Deutschland allgemein bekannt ist, daß die öffentlichen Diskussionen der SPD-Wählerinitiative sowohl die CDU als auch die FDP nervös gemacht haben, ist es doch eine gute Nachricht, zu erfahren, daß auch die NEW YORK TIMES zu dem gleichen Ergebnis gekommen ist.

Neue Kraftproben in Frankreich

Gleiche Ursachen, gleiche Folgen

Von Georg Scheuer, Paris

Niemand zweifelte in Paris am Ausgang der Parlamentsabstimmung über die Vertrauensfrage zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der neue Premierminister Chaban-Delmas verfügt in der Parlamentsversammlung über eine breite Mehrheit gaullistischer und konservativer Abgeordneter, die zwar noch zu de Gaulles Zeiten gewählt und untereinander zerstritten sind, vor einigen Tagen aber auf dem Kongreß in Arboise noch einmal weitgehend auf einen Nenner gebracht werden konnten.

Neue Mannschaft

Nicht von der Kammer droht dem Präsidenten Pompidou und dem Kabinett Chaban-Delmas/Giscard d'Estaing Gefahr, sondern von den Großbetrieben und von der Straße, nicht nur von den Arbeitnehmern, sondern auch von den über die zunehmenden Steuerlasten erbitterten Mittelschichten.

Wilde Streiks gibt es derzeit in mehreren Ländern Westeuropas, in Frankreich haben sie aber ein spezifisches Gewicht mit unabsehbaren Folgen.

Es ist kein Geheimnis, daß die neue französische Regierungsmannschaft den gleichen Problemen gegenübersteht, an welchen General de Gaulle vor einigen Monaten gescheitert ist. Die große Frage ist nun, ob diese Mannschaft mit den dramatischen Problemen eher fertig wird, ob sie dafür besser gewappnet ist.

Sanierungsplan

Seit zwei Monaten haben sich Pompidou, Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing auf die gegenwärtigen Ereignisse sorgfältig vorbereitet. Unter Ausschluß aller anderen Minister haben sie zu dritt die Abwertung der französischen Währung beschlossen und durchgeführt und dazu eine Reihe von Begleitmaßnahmen ausgearbeitet.

Dabei wurden die Arbeitnehmer bewußt geschont, die niedrigsten Löhne angehoben, die Sozialversicherung nicht berührt, Kinderbeihilfen und Altersrenten erhöht. Andererseits wurden auch die Mittelschichten mit Glacehandschuhen behandelt.

Giscard's Sparprogramm betrifft - soweit es bis jetzt in Einzelheiten bekannt ist - hauptsächlich eine radikale Einschränkung der Staatsausgaben, vor allem Wohnungsbau, öffentliche Verkehrsmittel, Schulwesen und wissenschaftliche Forschung. Und zugleich erweist sich die Regierung außerstande, der Teuerungswelle Einhalt zu gebieten.

Die Inflationsschraube dreht sich unaufhaltsam.

Die gegenwärtigen Streiks kommen nicht überraschend. Sie wurden von der Regierung erwartet. Bezeichnenderweise begannen sie ohne die gesetzlich vorgeschriebene Anmeldefrist und ohne den Willen der Gewerkschaften.

Auch die kommunistische CGT wurde wieder von gewerkschaftlich unorganisierten Belegschaften überrundet. Erst nachträglich versucht die CGT jetzt durch schärfere Tonart die Bewegung zu zügeln und sich gleichzeitig mit politischen Forderungen einzuschalten.

Gebundene Hände

Der Regierung Pompidou/Chaban-Delmas sind die Hände noch mehr gebunden als dem vorherigen Regime. Strafmaßnahmen wegen Überschreitung der Anti-Streik-Verordnung oder gar eine Mobilmachung der Polizei oder Armee gegen die Streikenden würden im Nu zu einem Generalstreik führen wie im Mai vorigen Jahres, diesmal aber mit bereits geleerten Werkstätten. Niemand zweifelt in Paris am Ernst der Situation.

Präsident Pompidou könnte im Trommelfeuer der Sozialkämpfe eine Pause erwirken, wenn er die Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände wenigstens zum Teil auf seinen Vorgänger abzuwälzen vermöchte, wie dies bei Regierungswechseln häufig der Fall ist. Mit dem Hinweis auf die Verschwendungen und Versäumnisse des vorhergehenden Regimes könnte die neue Mannschaft an die Einsicht und Geduld des Volkes appellieren.

Auch hierbei sind aber der Regierung Chaban-Delmas die Hände gebunden; die neuen Männer sind zum Großteil die alten. Sie können höchstens durch Andeutungen zwischen den Zeilen von den Fehlern der letzten zehn Jahre sprechen. Eine gründliche Kritik an de Gaulles Praxis ist ihnen verwehrt, denn der Schatten des Generals liegt, selbst im Schwelgen des inneren Exils, auch auf dem neuen Regime Pompidous.

"Neue Gesellschaftsordnung"

Die gleichen Ursachen führen so zu den gleichen Folgen. In Frankreich geht es in diesen Tagen nicht nur um dreißig und nicht um fünfzig Pfennige, sondern um ganze Kataloge von jahrelang ignorierten Anliegen und Forderungen, um das, was Premierminister Chaban-Delmas selbst als die Dringlichkeit einer "neuen Gesellschaftsordnung" bezeichnet.

Die neue Mannschaft im Elysee ist nicht mehr von vergeblichen Weltpolitischen Ambitionen geblendet, sie ist sich jetzt der konkreten wirtschaftlichen und finanziellen Dringlichkeiten wohl bewußt. Bleibt ihr aber Zeit und Ellenbogenfreiheit, bei stürmischem Wellerang den geplanten Kurs zu steuern? Diese Frage hörte man in den Pausen der großen Parlamentsdebatte immer wieder in den Wandelgängen des Palais Bourbon.

+ - +

"Der ist ja ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt habe"

Herbert Wehner im Wahlkampf an der Saar

Beobachtungen von Günter Markscheffel

Herbert Wehner, Spitzenkandidat der SPD auf der Landesliste des Saarlandes, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und stellvertretender Parteivorsitzender, macht es sich nicht leicht. Er plüzt im Saarland, geht in kleine Städte und Dörfer, spricht in Frauenversammlungen, diskutiert mit Bergarbeitern, Unternehmern, Journalisten und Kaufleuten. Sein Wahlkampf ist kantig, drängend und gründlich.

Selten ist eine Versammlung ohne Diskussion. Wenn die an ihn gestellten Fragen intelligent sind, wenn man spürt, daß der Fragende wirklich noch mehr wissen will, als das, was er schon in den meist anderthalbstündigen Referat gehört hat, hat Wehner immer Zeit. Er geht auf jedes Detail ein. Aus den Fächern seiner legendären Aktentaschen, die ihn überall begleiten, holt er Dokumente heraus, zitiert aus ihnen frühere Stellungnahmen der eigenen Partei und der Gegner wörtlich mit genauer Datenangabe. "Der Mann läßt nichts aus", sagen die Leute von ihm, wenn sie nach manchmal auch turbulenten Veranstaltungen den Saal verlassen.

Meist sagt Wehner, der auch in Hamburg einen Wahlkreis hat, gleich zu Beginn der Veranstaltung, warum er sich entschlossen habe, die Landesliste der SPD im Saarland anzuführen. "Ich habe das getan, weil ich als früherer langjähriger Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen und der jetzt für dieses Ressort zuständige Bundesminister die Probleme des Saarlandes kenne und deutlich machen will, daß hier noch manches an sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten aufgearbeitet werden muß, was von früheren Bundesregierungen der CDU/CSU und FDP versäumt wurde. Die Menschen im Saarland haben ein Anrecht darauf, daß hier die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen geschaffen werden, wie in anderen Gebieten der Bundesrepublik. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg haben gerade die Saarländer viele Beiträge zur Aussöhnung des französischen mit dem deutschen Volk geleistet. Dafür schulden wir ihnen die volle Unterstützung bei ihren Bemühungen zur Überwindung aller jener Schwierigkeiten, die sich gerade hier im Grenzland nach den zwei Weltkriegen ergeben haben."

Solche direkten Worte, anknüpfend an das Schicksal der Menschen im Saarland, werden von jedem verstanden. Auch die Frauen in einer großen Versammlung in Quierschied erkennen, worum es bei der - wie sie sagen - sogenannten großen Politik geht. Wehner erläutert es ihnen mit wenigen Sätzen. Er sagt ihnen, daß die Alten ein Recht auf den gesicherten Lebensabend haben, er erklärt ihnen, gerade arbeitende Menschen sollten gemeinsam dafür einstehen, daß die von ihnen erarbeiteten Werte erhalten bleiben, nicht durch eine nationalistische Politik zerstört werden und Stein um Stein der soziale Rechtsstaat aufgebaut werden kann. Wehner spricht von der Jugend, die es nicht zu bevormun-

den gilt, der aber ein gesichertes Fundament wirtschaftlicher Kraft gegeben werden muß, damit sie darauf aufbauend das moderne Deutschland schaffen kann.

Wer Wehner von seinen großen Debatten aus dem Deutschen Bundestag kennt, wer ihn oft am Fernsehschirm gesehen hat, manchmal mühsam und ungeduldig ein hartes Wort unterdrückend, der wundert sich nicht, wenn im Saale häufig gesagt wird: "Der ist ja ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt habe." Oder: "Der sagt ja genau das, was man wissen muß, damit man sich richtig bei der Wahl entscheiden kann." Und ein anderer: "Ich habe immer geglaubt, der kann nur über große Politik reden."

Wehner ist im Wahlkampf an der Saar wie ausgewechselt. Selbst nach einem schwierigen Tag kommt er noch abends lächelnd in den Saal, eine Hand zum Gruß erhoben, in der anderen eine dicke Aktentasche tragend, im Mund die Pfeife. Wenn er so zur Bühne stapft, hier und dort einen Bekannten begrüßend und mitunter auch etwas verlegen einen dargebrachten Blumenstrauß unter den Arm klemmt, sich dann neben die Parteifreunde setzt, qualmend und Notizen machend hinter ein Aktenbündel verschont, während der Versammlungsleiter den "Herrn Bundesminister" begrüßt, spürt jeder im Saal, daß Herbert Wehner sich zu den Menschen an der Saar zugehörig fühlt.

Seine Reden sind hart zugeschnitten. Erläuterungen über Versäumnisse der Vergangenheit werden meist etwas sarkastisch vorgetragen; so als wollte er sagen, daß sei ja doch alles geschmolzener Schnee. Wenn Wehner jedoch von der Gegenwart spricht und darstellt, was eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung zu tun gedenkt, wird seine Rede immer präziser. Er verzichtet hierbei auf jeden Versuch, Beifall einzufangen.

In einer Versammlung fragt ihn ein Zuhörer, warum er auch an jenen Stellen, an denen das Publikum sicher Beifall spenden würde, gleich weiterrede, ob er so bescheiden sei, oder ob er die Angriffe auf die politischen Gegner der SPD nicht zu sehr markiert sehen wolle, weil er vielleicht schon an die nächste Große Koalition denke, wird Wehner zuerst etwas grantig, fängt sich dann aber und meint trocken: "Beifall ist zwar ganz schön, aber mir kommt es mehr darauf an, daß meine Zuhörer am Ende einer Versammlung meine Argumente im Gedächtnis behalten und selbst weiterdenken, anstatt nur mit dem Beifall in den Ohren nach Hause gehen."

Pause, ein Blick zum Fragesteller und dann verschmitzt: "Sehen Sie, jetzt habe ich auf Beifall gewartet, aber da ist er nicht gekommen."

Natürlich lacht der ganze Saal und "Wehner der Bärbeißige", wie er mitunter genannt wird, gehört - für diesen Abend jedenfalls - der Vergangenheit an.

Im Saarland spielen gerade die Arbeitskämpfe der letzten Zeit eine besondere Rolle. Wehner spricht nicht von "wilden Streiks", Er nennt

die Arbeitsniederlegungen einen Beweis dafür, daß viele Arbeitnehmer die sozialen Ungerechtigkeiten der Gegenwart spüren und sich gegen diese auflehnen. Unerbittlich tritt er aber gegen jene auf, die - wie er sagt - "ihren Links- und Rechtsradikalismus hochschaukeln". Er fordert die eindeutige Tarifautonomie, ermahnt auch ungeduldige Arbeitnehmer, "die Gewerkschaften zu stärken, damit sie in die Lage versetzt werden können, gemeinsam mit der geschlossenen Front der Arbeiter für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen". Und selbst diese Ungeduldigen verstehen ihn, wenn er erregt ausruft: "Es gibt auch jetzt noch Leute, die ganz gerne fünf oder sechs Prozent Arbeitslose haben, damit diejenigen, die in Arbeit stehen, braver sind. Wir haben ein hohes Sozialprodukt. Aber die Menschen, die es geschaffen haben, sind im Recht, wenn sie den Ausgleich im Sinne einer gerechten sozialen Ordnung und des kulturellen Ausbaus unseres Gemeinwesens fordern."

* * *

Und immer wieder spricht Wehner in allen seinen Versammlungen von der "zwingenden Notwendigkeit für unser Volk, daß die von Willy Brandt eingeleitete Friedenspolitik konsequent fortgesetzt wird". Denn: "Alle innere Ordnung hat nur einen Sinn, wenn es gelingt, den Frieden zu sichern."

Unerbittlich ist Wehner mit der NPD und mit jenen, die im Fahrwasser des Neonazismus schwimmen, oder sich einbilden, diesen rechts Überholen zu können. "Die Bundesrepublik Deutschland darf kein Exerzierplatz rechts- oder linksradikaler Elemente werden. Das würde die Zerstörung des mühsam erworbenen Vertrauens bei unseren Freunden bedeuten und die Bestätigung für die Angriffe jener, die nur darauf warten, erneut behaupten zu können, die Deutschen seien unverbesserlich. Eine nationalistische Politik führt unser Volk direkt in eine neue Quarantäne."

* * *

Im Saarland versteht man nur zu gut, was Wehner damit sagen will. Hier an der Grenze mußte man seit Generationen Schlimmes erdulden, weil eine nationalistische Politik zu Haß und Mißgunst diesseits und jenseits der Grenze geführt hatte. So ist es einleuchtend, daß die Menschen an der Saar - vielleicht mehr als woanders - die unmittelbare Verbindung zwischen einer Politik zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze, zur Sicherung des Friedens und zu der Gefahr des Abgleitens in einen neuen Nationalismus erkennen.

* * *

Jene, die vielleicht zu Beginn des Wahlkampfes gesagt haben, man müsse gespannt sein, wie wohl der "Hamburger Wehner" im Saarland ankomme, dürften längst eingesehen haben, daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen gerade hier an der richtigen Stelle steht. Es gibt kaum eine Versammlung mit Herbert Wehner, in der die Menschen etwa ungeduldig werden. Im Gegenteil: Man gewinnt den Eindruck, sie wollen immer mehr von dem Mann wissen, über den schon so oft Falsches oder nur Halbwahres berichtet wurde. Sie haben ihn als einen der Ihren akzeptiert, als einen Mann, der kompromißlos für eine bessere soziale Ordnung, für ein besseres und modernes Deutschland kämpft.

+ * +